

Landeszentrale für politische Bildung Referat 3/7 Gedenkstättenarbeit

Jahresbericht 2000

Zu Beginn des Jahres 1940 waren im Rahmen der Aktion „T4“ in der Heil- und Pflegeanstalt Grafeneck auf der Schwäbischen Alb die ersten geistig Behinderten im Rahmen der sogenannten „Euthanasie“ ermordet worden. Am 22./23. Oktober 1940, dem Laubhüttenfest, wurde die jüdische Bevölkerung Badens nach Frankreich in das Lager Gurs deportiert. Diese beiden Daten bestimmten die inhaltliche Arbeit des Jahres.

1940 – Aktion „T4“ – die sogenannte „Euthanasie“

Das Thema „Euthanasie in Grafeneck“ wurde besonders hervorgehoben durch die Gedenkstunde des Landtages am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in Grafeneck. Mit der

- Herausgabe einer Arbeitshilfe
„Euthanasie im NS-Staat, Grafeneck im Jahr 1940“
unter Mitwirkung des Oberschulamts Tübingen,
- Jahresdelegiertenversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg in Grafeneck/Bad Urach zum Schwerpunkt „Euthanasie“,
- Unterstützung und Förderung lokaler und regionaler Initiativen zu diesem Thema,
- und einem Offenen Seminar an Hand des Spielfilms „Ich klage an“ sowie des Schauplatzes Grafeneck

unterstützte das Fachreferat Gedenkstättenarbeit die vielfältigen Bemühungen im Lande, an die Opfer dieser Entartung medizinischen Denken und Handelns zu erinnern und auch die der vielen mitbetroffenen Einrichtungen, sich über ihre Zwangsbeteiligung offene und ehrliche Rechenschaft abzulegen.

„... es geschah am helllichten Tag!“

20. Tishri 5701- Sukkoth / 22. Oktober 1940 – Laubhüttenfest – Die Deportation der badischen und saarpfälzer Juden

Die Gedenkfeiern aus Anlaß des 60. Jahrestags der Deportation der badischen Juden wurden durch einen Arbeitskreis, bestehend aus der Israelitischen Religionsgemeinschaft Badens, der Arbeitsgemeinschaft der badischen Städte zum Unterhalt des Friedhofs in Gurs, der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der LpB vorbereitet. Es wurden bearbeitet:

- eine *Umfrage* bei allen früheren Sitzgemeinden mit der Bitte um Mitteilung
 - von lokalen Publikationen über die Vorgänge am Ort,
 - Namen von Überlebenden
 - und der für Herbst 2000 geplanten Aktivitäten,
- ein *wissenschaftliches Symposium*
„Erinnerung und Reflexion“
in Zusammenarbeit mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Badens, dem Stadtarchiv Mannheim und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit im Jüdi-

schen Gemeindezentrum Mannheim am 17./18. September 2000,

- eine *internationale Jugendbegegnung* mit Pflegearbeiten unter Beteiligung *israelischer Jugendlichen* auf dem Lagerfriedhof, organisiert vom Jugendreferat des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Baden-Württemberg und der Außenstelle Metz während der Sommerferien in Gurs,
- eine *Studienreise* zu den Gedenkfeierlichkeiten im Oktober in Gurs und nach Oradour,
- Vorbereitung der *Gedenkfeier in Gurs* am, an der erstmalig die Landesregierungen von Baden-Württemberg, dem Saarland und Rheinland-Pfalz durch Staatsminister Dr. Palmer bzw. Ministerpräsident Beck vertreten waren.
- Besondere Bedeutung hatte eine Arbeitshilfe für den Schulunterricht, die Jugend- und Erwachsenenbildung mit dem Titel **„... es geschah am helllichten Tag!“**
Sie wurde nicht nur von den Schulen nachgefragt, sondern auch von Journalisten zur Grundlage ihrer historischen Berichterstattung gemacht. Fast alle Zeitungen des Landes konnten zu entsprechenden Beiträgen angeregt werden. Der SWR berichtete im Hörfunk und Fernsehen öfters und ausführlich über die historischen Fakten, Berichte von Zeitzeugen und die Veranstaltungen im Laufe des Jahres.

Koordination der Gedenkstättenarbeit

Seit März 1999 ist die Landeszentrale mit der Koordination der unterschiedlichen Aktivitäten des Landes zum Unterhalt und der Förderung der Gedenkstätten beauftragt. Die zwischenzeitlich eingespielten Kontakte haben sich für alle Beteiligten als hilfreich erwiesen. Das Gedenkstättenreferat versteht sich dabei als Bindeglied zwischen den zuständigen Landes- und Kommunalbehörden und den Gedenkstätten, die überwiegend Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft sind. Durch diese Clearingfunktion können Projekte beschleunigt und mit kurzen Wegen für alle Beteiligten beraten, begutachtet und ggf. mit weiteren Handlungsempfehlungen beschieden werden.

Besondere Aufgaben sind:

- die *Vertretung der Interessen des Landes beim Bundesbeauftragten für Medien und Kultur* bezüglich der Gedenkstättenförderung durch die Bundesregierung. Dieser Bereich hat sich stark ausgeweitet. Baden-Württemberg partizipierte in 2000 mit dem Ausbau des Oberen Kuhbergs in Ulm und der Gedenkstätte Grafeneck am Programm. Diese neue Form der Bund-Länder-operation bedarf besonderer Aufmerksamkeit und Pflege, da noch kaum verbindliche, griffige Standards für die Anerkennung von Projekten entwickelt sind.
- Kontakt und Erfahrungsaustausch auf der Ebene *der Gedenkstättenvereinigungen und der Fachgruppe „Gedenkstättenarbeit“* der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung. Diese zunächst rein fachliche Ebene entwickelt zunehmend eine wichtige förderpolitische Funktion.
- die Koordination der Beteiligung am europäischen *Programm „Europäischer Tag der jüdischen Kultur“*, die in 2000 jedoch noch zu keinem nennenswerten Ergebnis kam. Für 2001 wurden aber bereits aussichtsreiche Vorgespräche, u.a. auch mit dem Wirtschaftsministerium, geführt.
- Vertretung in überregionalen Fachgremien, wie der *Alemannia judaica* oder der *Association des Amis de la Fondation pour la Mémoire de la Déportation (AFMD)*, Section Bas-Rhin in Straßburg.

Gedenkstättenförderung

Aus den in 2000 geförderten Projekten ragt die Erneuerung des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg in Ulm heraus. In der Planung besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum, dem Haus der Geschichte und der Museumsberatung des Landes. In einer gemeinsamen Fachtagung im April wurde das neue Konzept einer sachkundigen Prüfung unterzogen, die weitere wichtige Anregungen gab. Das so gewonnene Konzept war eine entscheidende Voraussetzung für die Erlangung der Bundesförderung, nachdem das Land bereits DM 150.000 vorab zur Verfügung gestellt hatte.

In 2000 wurden insgesamt 40 Projekte von 27 Einrichtungen gefördert, davon zwei mit zusätzlicher Bundesförderung.

Die *Öffentlichkeitsarbeit* wurde mit einer seit Januar 2000 laufenden Serie über die Gedenkstätten im *Staatsanzeiger* verbreitert.

Mit Unterstützung durch das *Ministerium für Kultus, Jugend und Sport* konnten die Schulen und Jugendorganisationen zu Ende des Jahres auf die *Förderung von Fahrten zu Orten nationalsozialistischen Unrechts* und die Gedenkstätten im Land hingewiesen werden.

Auch der *Landesschulbeirat* beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 9. November mit der Gedenkstättenarbeit und den damit verbundenen pädagogischen Möglichkeiten.

Beratung

Die Beratung der Gedenkstätten wird sich weiter darauf konzentrieren, Hilfen für die ehrenamtliche Arbeit vor Ort zu geben, neu gegründete Initiativen auf die vorhandenen Möglichkeiten und Wege hinzuweisen und einen verstärkten pädagogisch-didaktischen Verbund der Einrichtungen untereinander herzustellen. So hat sich beispielsweise nach der kreisübergreifenden Kooperation im Raum Hohenzollern-Rottweil auch eine *Arbeitsgemeinschaft der Museen, Archive und Gedenkstätten* mit 12 Mitgliedern im Landkreis Schwäbisch Hall gebildet.

Perspektiven

Das Riga-Komitee

Für 2001 zeichnete sich ein Schwerpunkt „Deportation der württembergischen Juden nach Riga im Dezember 1941“ ab. Dazu hat sich unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten für ganz Deutschland ein „Riga-Komitee“ gebildet, dem aus Baden-Württemberg die Landeshauptstadt Stuttgart angehört. Erste Gespräche über die Beteiligungsform der Gedenkstätten fanden im Spätjahr 2000 statt.

Der Ausbau des „Historial“ Natzweiler-Struthof und seine Vernetzung mit den Gedenkstätten an den Außenlagern

Die französische Regierung beabsichtigt in den kommenden Jahren die Gedenkstätte Natzweiler Struthof zu einem „Historial“ auszubauen. Zusätzlich sollen gedankliche, evtl. auch reale „*Routes de la Mémoire*“ (Wege der Erinnerung) zu den Außenlagern (über 70, vorwiegend in Baden-Württemberg) hinführen. Übergreifende Idee ist der Gedanke, das europaweite „Netz“ des „Systems Natzweiler“ stellvertretend für das KZ-System sichtbar werden zu lassen.

Zur Vertiefung der Zusammenarbeit fand im September ein *erstes Fachgespräch* mit dem „Chargé de mission Struthof“, des französischen Verteidigungsministeriums, Herrn Jean-Pierre Vittori, den Landeszentralen Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen statt.

Im Februar war in Stuttgart bereits eine *bilaterale Fachkonferenz* zum Stand der Forschung zusammengekommen. Wichtigste Ergebnisse und zum Teil bereits bearbeitete Punkte waren:

- die Erstellung eines *Vademecums* zu den einzelnen Außenlagern,
- die quellenkritische *Homogenisierung der verschiedenen Lagerlisten* und – bezeichnungen,
- die *Erarbeitung einer gemeinsamen, parallelen Archivstruktur* unter Anleitung des Staatsarchivs Ludwigsburg,
- die *Entwicklung eines gemeinsamen Dateirasters* zum Abgleich von Gefangenen- und Täterdaten zu Forschungs- und Archivierungszwecken (in Kooperation mit anderen Gedenkstätten bundesweit und international).

Didaktisch-methodische Fragestellungen

Noch stehen für die Arbeit an den Gedenkstätten Zeitzeugen zur Verfügung. Doch sind neue, vor allem mediengestützte Dokumentationsformen zu entwickeln und vorzubereiten. Jüngste Erfahrungen im pädagogischen Umgang mit Jugendlichen an Gedenkstätten zeigen außerdem einen *Perspektivenwechsel*.

Sie sind kaum an geschichtswissenschaftlichen Kontroversen, wie etwa der Diskussion um die Wehrmachtsausstellung, interessiert. Für die allergrößte Mehrheit von ihnen sind der Nationalsozialismus und seine Verbrechen ein historischer Fakt, der aus ihrer Sicht bereits weit zurückliegt. Sie bewegt nicht mehr die *Frage der Kinder-Generation*: „*Wer hat was getan?*“, sondern Fragestellungen wie

- *Warum konnte es geschehen? Wie ist es dazu gekommen?*
- *Warum taten Menschen so etwas; warum ließen Menschen die Dinge mit sich, mit anderen, Nachbarn und Freunden geschehen?*
- *Was führte Menschen, Jugendliche (z.B. die Geschwister Scholl) in Resistenz und zum aktiven Widerstand?*
- *Was charakterisiert ihre Persönlichkeit?*

Unausgesprochen stehen dahinter die Fragen

- *Wie hätte ich mich verhalten? Wie würde/sollte ich mich heute verhalten?*
- *Was sind die Ursachen und ersten Anzeichen für Menschenfeindlichkeit?*
- *Wie kann man ihnen entgegentreten?*

Dieser Perspektivenwechsel ist auf den eigenen Lebenshintergrund bezogen. Er führt weg vom Ansatz „*System des Nationalsozialismus*“ zur Frage „*Individuum im Nationalsozialismus (Totalitarismus)*“. Die (Gedenkstätten-) Pädagogik muss diesem Wechsel Rechnung tragen. In ihm liegt eine große Chance. Er erzwingt den Gegenwarts- und Aktualitätsbezug.

Für die *Schule* gilt natürlich weiterhin, im Geschichtsunterricht das Verbrechen des Holocaust und das nötige Faktenwissen über den Nationalsozialismus und das III. Reich zu vermitteln. Der *Deutsch-, Religions- und Ethikunterricht* hingegen sollte weniger der Wiederholung geschichtlicher Fakten dienen, sondern die ethisch-moralischen Fragestellungen daraus für die Gegenwart erarbeiten, behandeln und Antworten darauf entwickeln.

Diese *Doppelaufgabe* stellt sich auch den pädagogischen Bemühungen der Gedenkstätten wie der Jugend- und Erwachsenenbildung. Zur Betrachtung der Vergangenheit muss der Blick auf die Gegenwart kommen. Die Beschwörung historischer Gräueltaten allein macht eigene Irrtümer oder extremistisches Verhalten in der Gegenwart nicht bewusst.